

## **Gebäudeeffizienz: Verbände fordern Digitalisierungs- und Qualitätsoffensive**

Berlin, 13. Februar 2023

Aktuell arbeitet die Bundesregierung an einer Novelle des Gebäudeenergiegesetzes. Im Kern geht es darum, dass ab 2024 nur noch der Einbau von neuen Heizungen erlaubt sein soll, die mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden. Im Zuge dieses Gesetzgebungsverfahrens fordern Umwelt-, Verbraucherschutz- und Unternehmensverbände gemeinsam die Bundesregierung auf, auch den Betrieb von Gebäuden in den Blick zu nehmen. Neben der notwendigen, umfassenden Sanierungswelle gebe es hier ein großes, einfach und schnell zu hebendes Einsparpotenzial von zig Milliarden Euro.

In dem Brief an Bauministerin Geywitz und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck heißt es: „Allein in diesem Winter werden sich diese Kosten um viele Milliarden Euro erhöhen. Dabei stellt die aktuelle Krisensituation viele Menschen und Unternehmen bereits jetzt vor große Belastungsproben. Es ist klar: Ein sorgsamerer Umgang mit Energie ist sozial-, klima-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch das Gebot der Stunde.“

Unabhängig vom Sanierungsstand liefern Haus- und Anlagentechnik häufig nicht so gut, wie sie eigentlich könnten und trieben damit den Energieverbrauch unnötig in die Höhe. Lösungen und gute Beispiele gäbe es viele. Die schlechte Nachricht sei: Bisher fänden diese nicht in die Breite. Es mangle an Transparenz, klaren Anreizen und Verantwortlichkeiten, damit Haus- und Anlagentechnik nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich gut laufen. Die Bundesregierung müsse sich daher nun prioritär mit Hinblick auf die kommenden Winter darum kümmern, im Gebäudesektor eine Digitalisierungs- und Qualitätsoffensive zur Optimierung der Haus- und Anlagentechnik umzusetzen.

Den offenen Brief finden Sie [hier](#) zum Download.